

**Schreiben an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen
Herrn Bundesminister Manfred Stolpe**

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen
Herrn Bundesminister Manfred Stolpe
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Berlin, 12. Juni 2003

Sehr geehrter Herr Minister,
lieber Manfred Stolpe,

in großer Sorge um den Bestand des Kleingartenwesens in den ostdeutschen Bundesländern, insbesondere wegen der Gefährdung des Bestandsschutzes nach § 20 a Bundeskleingartengesetz, wende ich mich im Auftrage unserer Mitglieder an Sie als zuständigen Minister.

Die o.g. Rechtsvorschrift sicherte in den Beitrittsgebieten den Bestandsschutz für die Kleingärtner als objektbezogen wie es auch im § 18 Bundeskleingartengesetz mit seinem Inkrafttreten 1983 in der BRD festgeschrieben wurde. Der Gesetzgeber hat in beiden §§ kein Verbot festgeschrieben, dass die weitere Nutzung bestandsgeschützter Lauben und weiterer Baulichkeiten in einem nachfolgenden Unterpachtverhältnis infrage stellt. Im Praktikerkommentar von Mainczyk wurde diese Position auch bis 7. Auflage in der Rdnr. 28 vertreten und ausgeführt. In der 8. Auflage (2002) hat Mainczyk nunmehr eine Rdnr. 28 a eingefügt, in der der Bestandsschutz mit der Beendigung des Unterpachtvertrages für "leergelaufen" erklärt wird. Aus dem bisher gültigen objektbezogenen Bestandsschutz wird nun ein subjektiver. Hingegen gilt der Bestandsschutz nach § 18 in den alten Bundesländern weiter.

Diese unterschiedlichen Auslegungen sind nicht nachvollziehbar und können so nicht hingenommen werden. Damit wird die Kluft zwischen alten und neuen Bundesländern vertieft. Mitglieder unseres Verbandes z.B. müssten in der Kleingartenanlage Bornholm I im Prenzlauer Berg zurückbauen, während 100 m weiter im Wedding anders Recht gilt. Die weitere Verpachtung von Kleingärten wäre infrage gestellt, da gerade ein Interesse an bestandsgeschützten Lauben besteht. Außerdem würde ein Rückbau aus bautechnischen Gründen den totalen Abriss bedeuten und neben diesen Kosten zugleich die Entschädigung unmöglich machen.

Ich bitte Sie deshalb, sehr geehrter Herr Minister, Ihren Einfluss geltend zu machen, damit diese ungleiche Behandlung der Kleingärtner beendet und die Rdnr. 28 a aus dem Kommentar gestrichen wird.

Ich benutze diese Gelegenheit, Ihnen die vom Präsidium unseres Verbandes beschlossenen "Forderungen zur Förderung des Kleingartenwesens in Deutschland..." die allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien übergeben wurden, zu übermitteln.

Auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung hoffend verbleibe ich
mit freundlichen Grüßen

Ihr

Prof. Dr. - Ing. habil. Eberhard Stief
Präsident des VKSG